

# TAGBLATT

Ausgabe für St. Gallen, Gossau und Rorschach [www.tagblatt.ch](http://www.tagblatt.ch)



**Eine literarische Legende**  
In einem Interviewband lernt man den Autor Peter Bichsel in seiner ganzen Breite kennen. 13

**Stadion der Hoffnung**  
Am 25. November stimmt Zürich über das neue Stadion ab. Für GC geht es ums Überleben. 2, 3



**St. Gallen**  
Wohnungsräumung an der Rechenstrasse 23

**Gossau**  
Der Stadtrat will drei neue Stellen 27

**Wittenbach**  
Näf wird nun auch von der FDP unterstützt 29

**Thal**  
In der Bikiniklasse Schweizer Meisterin 30



**Focus**  
Im Zeughaus Teufen erschaffen Künstler einen «Klangwald». 15

## Salzkorn

Wenn Politiker Fehler begehen, ist ihr Ende oft nicht mehr weit. Noch ungnädiger verfährt die hochmoralische öffentliche Meinung mit jenen, die nicht die Wahrheit sagen – möge die kleine Lüge oder das Verschweigen auch eher geringfügige Dinge betreffen. Das musste einst Bundesrätin Elisabeth Kopp erfahren, und jüngst der Genfer Bundesratskandidat Maudet.

An ihren Taten sollt Ihr sie erkennen? Ach was, heute sollen wir Politiker schon an ihren Worten messen. Doch wird dies dem Wesen der Politik gerecht? Ist es vernünftig, von einem Politiker zu verlangen, seine politischen Gegner über die eigenen Pläne stets frühzeitig ins Bild zu setzen? Vom Schwinger, dass er seinen Gegner informiert, bevor er einen Briener anbringt?

In der Geschichte finden wir Figuren wie Adolf Hitler, die ihre Pläne mit brutaler Ehrlichkeit deklarierten. Man wünscht sich, das Buch «Mein Kampf» wäre blosses Geflücker geblieben. Leider war es ehrlich. G.F.H.

ANZEIGE

**KLAR** – wir produzieren alle Fenster in St.Gallen – auch Kunststoff-Fenster!

[www.klarer.ch](http://www.klarer.ch)



**KLARER FENSTER**  
alles klar.

## Im Gemeinderat fehlen die Jungen

**Nachwuchssorgen** Nur jeder 18. Gemeinderat ist laut einer neuen Studie jünger als 35 Jahre alt. Ein Grossteil der Gemeinden tut sich schwer damit, Junge zu rekrutieren.

Dominic Wirth

In der Politik geht es oft um die Zukunft, doch wenn diese in den Schweizer Gemeinderäten gestaltet wird, dann fehlen oft ausgerechnet die Jungen. Nur 5,6 Prozent der Gemeinderäte sind unter

35 Jahre alt. Das zeigt eine noch unveröffentlichte Studie der Hochschule für Technik und Wirtschaft Chur. Laut der Studie, für die 602 Gemeinden in der Deutschschweiz befragt wurden, ist der Anteil der jungen Gemeinderäte zwar im Vergleich zur letz-

ten Amtsperiode um 15 Prozent gestiegen. Noch immer stammt aber nur jedes 18. Exekutivmitglied aus der U35-Generation.

Für viele Gemeinden ist der Nachwuchsmangel ein Problem. 70 Prozent geben an, dass sie Mühe haben, Junge zu rekrutieren.

Aus der Studie geht aber auch hervor, dass bei den Jungen Rekrutierungspotenzial brachliegt. 20 Prozent der befragten jungen Erwachsenen gaben an, dass sie sich vorstellen könnten, ein Gemeindeamt zu übernehmen. 2, 4

## St. Galler Enttäuschung im Schweizer Cup



**Fussball** Der FC St. Gallen ist im Schweizer Cup in den Achtelfinals trotz des Heimrechts an Sion gescheitert. Die Walliser gewannen 2:1 nach Verlängerung. Rechts jubelt der zweifache Torschütze Pajtim Kasami. Der enttäuschte St. Galler Stürmer Roman Buess (links) verpasste gute Chancen auf weitere Treffer. 44

Bild: Michel Canonica

## «Persilschein» ärgert Politiker

**Hefenhofen** Parteien und Medien reagieren teils empört auf den Untersuchungsbericht zum Thurgauer Tierschutzskandal.

Selten finden so viele Medienleute aus der ganzen Schweiz zeitgleich in den Thurgau: Über 30 Journalisten haben sich zur Präsentation des Untersuchungsberichts in Frauenfeld eingefunden. Die Staatsmacht sei unfähig gewesen, das Gesetz gegen einen aggressiven Tierzüchter durchzu-

setzen, schreibt die «Tribune de Genève». In der NZZ heisst es, der renitente Tierhalter habe es geschafft, seinen Hof als rechtsfreien Raum zu verteidigen.

Nicht weniger kritisch sind die Stimmen aus der Thurgauer Politik. Man habe aus dem Untersuchungsbericht nicht viel Neues

erfahren. Einige Politiker ärgern sich über den «Persilschein» und die «geteilte Unverantwortlichkeit» der Behörden. Die 818 000 Franken, die der Bericht gekostet hat, seien viel zu viel, um herauszufinden, das niemand schuld sei, findet SVP-Kantonsrat Urs Martin. (red) 39

## Mehr Heimatschutz im Beschaffungswesen

**Inländervorrang** Rund 41 Milliarden Franken gibt die öffentliche Hand jährlich im Rahmen von Beschaffungen aus. Das entsprechende Gesetz wird derzeit einer Totalrevision unterzogen. Der Bundesrat will, dass der Preis nicht mehr die oberste Maxime bildet. Soziale und ökologische Kriterien sollen mehr Gewicht bekommen. Einer Allianz von Unternehmen geht das aber zu

wenig weit. Sie fordert, dass Preisvergleiche nicht mehr nominal, sondern aufgrund des Preisniveaus im Land des jeweiligen Anbieters vorgenommen werde.

Der Nationalrat hat diesem Inländervorrang überraschend zugestimmt, gemäss Informationen dieser Zeitung hat sich die Wirtschaftskommission der kleinen Kammer gestern ebenfalls dafür ausgesprochen. (sva) 5

## CVP-Kandidatin Heidi Z'graggen mit Fauxpas

**Bundesratswahlen** Während der Präsentationsveranstaltung vor der Parteibasis hat sich CVP-Bundesratskandidatin Heidi Z'graggen einen Fehltritt geleistet. Auslöser war eine umständliche Frage eines älteren Parteimitglieds über eine mögliche Verwendung des Nationalbankvermögens zur Sanierung der AHV. Nicht bewusst, dass die ganze Zeit ihr Mikrofon lief, wandte sich Z'graggen lachend an die Walliser Nationalrätin und Mitkonkurrentin Viola Amherd. Die Zentralschweizerin spottete im Dialekt über den Fragesteller: «Dä isch en Depp.» Dieser Satz war nicht nur in den ersten Reihen zu hören. Über das eingeschaltete Mikrofon konnten auch die Zuschauer des Livestreams im Internet die Äusserung deutlich vernemen.

Die Uerner Regierungsrätin wollte nur schriftlich Stellung zum Vorfall nehmen. Unter anderem schrieb sie von einem «akustischen Missverständnis», welches zu bedauern sei. Allerdings führte sie nicht aus, was sich hinter einem «akustischen Missverständnis» verbirgt. (red) 5

## Trump dreht Iran Ölhorn zu

**Handelsembargo** Diesen Sonntag treten die neuen US-Sanktionen gegen den Iran in Kraft. Mit einem weltweiten Importstopp von Öl soll Teheran «finanziell ausgetrocknet» werden. Gegen Staaten, die dem Diktat Washingtons nicht Folge leisten, werden ebenfalls Sanktionen verhängt. US-Präsident Donald Trump strebt mit seiner Politik einen Regimewechsel in der Islamischen Republik an. Hauptleidtragende des Handelsembargos dürften aber vor allem die einfachen iranischen Bürger sein. (red) 7

